



Universität Greifswald, AStA, 17487 Greifswald

Pressemitteilung

Allgemeiner
Studierendenausschuss

Der stellvertretende Vorsitzende

Sebastian Nickel

Telefon: +49 3834 86-1750

Telefax: +49 3834 86-1752

Stellv.vorsitz@asta-greifswald.de

Az. Vors.

Bearb.: Sebastian Nickel

22.09.2008

Parlamentarisches Verfahren zur Erhebung von 50 Euro Verwaltungsgebühr wird eröffnet! Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) an der Universität Greifswald kündigt Widerstand an.

Wie aus den schon veröffentlichten Pressemitteilungen, Stellungnahmen und Leserbriefen hervorgegangen ist, geht es nun um den Inhalt der Portemonnaies der Studierenden in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Verwaltungsgebühr von 50 Euro pro Semester soll das angeblich bestehende „Gebühren-Wirrwarr“ an den sechs öffentlichen Hochschulen des Landes auflösen und zu einer Verwaltungsvereinfachung führen.

Der Tagesordnung der 48. Sitzung des Landtages ist zu entnehmen, dass am 24. dieses Monats das offizielle parlamentarische Verfahren eingeleitet wird. Im Schweriner Schloss wird die erste Lesung des Entwurfes zur erneuten Änderung des Landeshochschulgesetzes stattfinden. Entgegen dem üblichen Verlauf eines solchen Gesetzgebungsverfahrens, wird sich der AStA Greifswald nun frühestmöglich in das Geschehen einschalten. „Wir werden das parlamentarische Verfahren von Beginn an intensiv begleiten. Dies wird nicht nur die übliche schriftliche Anhörung durch den Bildungsausschuss beinhalten“, so der Hochschulpolitische Referent des AStA, Fabian Freiberger.

„Auch am Mittwoch werden wir vor Ort sein, um die hoffentlich kontroverse Landtagsdebatte zu verfolgen. Darüber hinaus haben wir den Fraktionen unsere Gesprächsbereitschaft angeboten.“, ergänzt Sebastian Nickel, stellvertretender AStA-Vorsitzender.

Die Greifswalder Studierendenschaft vertritt die Position, dass der Zugang zu einem Hochschulstudium in M-V auch weiterhin kostenfrei bleiben soll. Der künftige Verwaltungskostenbeitrag soll pauschal erhoben werden. Abgelten soll dieser u.a. Leistungen, wie die Bereitstellung der Bibliothek, für die Prüfungsorganisation, die allgemeine Studienberatung und die bislang nicht angebotene Förderung des Übergangs in das Berufsleben sowie die Vermittlung von Praktika.

„Es darf nicht sein, dass künftig für die Organisation von Prüfungen oder das Benutzen einer Bibliothek eine Gebühr erhoben wird! Diese Leistungen sind elementar für ein Studium. Die Schweriner Regierungsfractionen muss sich daher mit dem Vorwurf der Einführung versteckter Studiengebühren konfrontieren lassen.“, so Freiberger abschließend.

Am heutigen 22. September 2008 tagt zudem die Landeskonferenz der Studierendenschaften M-V an der Fachhochschule Stralsund. Ziel der Zusammenkunft der Studierendenvertreter wird es sein, eine einheitliche Positionierung der Studierendenvertretungen des Landes zum Gesetzgebungsverfahren zu formulieren.

Vielleicht können die Vertreter des AStA am Mittwoch in Schwerin durch persönliche Gespräche darauf hinarbeiten, dass auch zukünftige Finanzminister die Zeit des Studiums nicht vergessen.

Sebastian Nickel

Stellvertretender AStA-Vorsitzender